



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 581 Postulat Frey Monique und Mit. über ein Präventions- und Bekämpfungsprogramm gegen invasive, gebietsfremde Arten / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Monique Frey hält an ihrem Postulat fest.

Monique Frey: Bei den landwirtschaftlichen Kulturpflanzen ist ein neuer Schädling aufgetaucht, nämlich die marmorierte Baumwanze aus China, auch Stinkkäfer genannt. Die Baumwanze hat sich auf Früchte spezialisiert, und die Schäden steigen. Natürlich könnte man die Bekämpfung dieser Schädlinge einfach den Landwirten überlassen. Dadurch würde aber einfach die Bewirtschaftung teurer, was auch keine Lösung ist. Die Investoren profitieren von der globalisierten Wirtschaft, indem sie immer weniger Steuern bezahlen. Aber genau die globalisierte Wirtschaft verursacht auch erhebliche Kosten. Gerade invasive, gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten, aber auch Bakterien werden durch den unkontrollierten Gütertausch eingeschleppt. Mit dem Vorstoss wollen wir nicht die Wirtschaftsweise ändern, sondern der Kanton soll verpflichtet werden, Grundlagen zu schaffen und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Folgen – in diesem Fall die Bedrohung unserer Natur – zu bekämpfen. Nach Jahren des Wartens befindet sich die Biodiversitätsstrategie in der Vernehmlassung. Schlussendlich handelt es sich dabei aber um eine Strategie, die es schwer haben wird, in klaren Gesetzesartikeln Eingang zu finden. Als Beispiel erinnere ich an die Beratung über das Waldgesetz. Anlässlich der Beratung haben die Grünen Massnahmen zur Bekämpfung von Neophyten und Neozoen gefordert. Die Mehrheit des Rates hat sich erfolgreich dagegen gewehrt. Als Argument wurden damals auch die fehlenden finanziellen Mittel genannt. Um zu den notwendigen finanziellen Mitteln zu kommen, muss der Kanton seine Finanzstrategie ändern. Ich halte an meinem Postulat fest.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Beim Bericht zur Biodiversität, der sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, handelt es sich nicht nur um eine Strategie, sondern es werden auch konkrete Massnahmen aufgezeigt. Ich bin erstaunt darüber, dass dieser Vorstoss im Juni eingereicht worden ist, obwohl der Bericht bereits im September zur Vernehmlassung vorlag. Man hätte also getrost auf dieses Postulat verzichten können, gerade wenn man bedenkt, dass ein solcher Vorstoss Kosten in der Höhe von mindestens 8000 Franken verursacht. Das Anliegen, gegen invasive, gebietsfremde Arten vorzugehen, unterstützen wir aber. Sowohl die Konsumenten als auch die Unternehmer stehen in der Pflicht, mit invasiven Arten verantwortungsvoll umzugehen, denn einige dieser Pflanzen können nach wie vor gekauft werden. Die aktive Bekämpfung und Eindämmung von invasiven Arten ist auf kantonaler und kommunaler Ebene konsequenter anzugehen.

Andy Schneider: Invasive, gebietsfremde Arten stellen uns vor immer grösser werdende

Herausforderungen. Sie gefährden nicht nur die einheimische Biodiversität, sondern auch unsere Ökodieleistungen sowie unsere Gesundheit, und sie verursachen einen hohen wirtschaftlichen Schaden. Die Regierung führt richtig aus, dass der Kanton für die Umsetzung der eidgenössischen Vorgaben zuständig ist und dass je nach Kanton unterschiedliche Massnahmen erforderlich sind. Konzeptionell ist der Kanton insofern gut aufgestellt, als er sich der Problematik bewusst ist und reflektiert damit umgeht. Eigentlich könnte das Postulat also wegen Erfüllung abgelehnt werden. Ist sich der Kanton aber bewusst, dass er sehr schwach aufgestellt ist, wenn es um konkrete Präventions- und Bekämpfungsmassnahmen geht? Mir sind keine bekannt, denn es wurden auch keine Gelder dafür eingestellt. Weiter sind die Gemeinden in die Erarbeitung von Bekämpfungs- und Präventionsmassnahmen wirkungsvoll mit einzubeziehen. Als Beispiele dienen die Bekämpfung invasiver Ufervegetation oder das Verbot zur Haltung invasiver Pflanzen und Tiere oder deren Förderung durch die mangelnde Bewirtschaftung der Grünflächen. Der Einbezug der Gemeinden kann deutlich verbessert werden. Der volkswirtschaftliche Schaden wird enorm, wenn der Kanton die notwendigen Arbeiten nicht frühzeitig in Angriff nimmt. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Fredy Winiger: Die invasiven Pflanzen und Arten stellen zunehmend ein Problem dar. Sind sie erst einmal da, können sie kaum mehr aufgehalten oder bekämpft werden. Die Bekämpfung gestaltet sich sehr schwierig, weil es kaum natürliche Feinde gibt und die Ausbreitung dementsprechend stark ist. Stehen die invasiven Neophyten in Gewässernähe oder direkt am Gewässer, erhöht sich die Schwierigkeit, sie zu bekämpfen, um einiges. Im Planungsbericht Biodiversität wird das Problem der Bekämpfung intensiv behandelt. Aus Sicht der SVP sollte viel mehr in die Aufklärung der Bevölkerung und der Unternehmen investiert werden, damit die Konsequenzen bewusst werden. Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Markus Odermatt: Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Die invasiven, gebietsfremden Arten stellen ein grosses Problem für Natur, Umwelt und Mensch dar. Die Tendenz ist zunehmend. Gemäss Stellungnahme der Regierung wird in dieser Sache bereits sehr viel unternommen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden funktioniert gut. Im Waldgesetz sowie im Planungsbericht Biodiversität werden die invasiven Arten explizit erwähnt, und sie waren in der Beratung Teil der Diskussion. Mir erscheint es wichtig, dass die Verantwortlichkeiten klar definiert werden und nicht die Grundeigentümer alles zu tragen haben. Aus unserer Sicht braucht es keine zusätzlichen Präventions- oder Bekämpfungsprogramme, sondern konkrete Massnahmen, die konsequent umzusetzen und bei Bedarf anzupassen sind. Wir alle müssen aufmerksam sein, damit diese Organismen nicht noch grössere Schäden anrichten.

Urs Brücker: Die Regierung hat das erhebliche Probleme der gebietsfremden Arten erkannt. Zur Bekämpfung dieser Neobiota gibt es bereits genügend Studien und Programme, die Umsetzung ist aber sehr anspruchsvoll, insbesondere auf Gemeindeebene. Obschon relativ viel sensibilisiert und beraten wird, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Insbesondere auf Privatarealen ist die Durchsetzung von Massnahmen schwierig, und es werden immer wieder neue gebietsfremde Arten angepflanzt. Zurzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren zum Planungsbericht über die Strategie zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Kanton Luzern. Darin wird die Umsetzung der Strategie Biodiversität Schweiz auf kantonaler Ebene skizziert. Eines der Handlungsfelder im Bereich der Biodiversitätsförderung für die kommenden 10 bis 15 Jahre ist die Bekämpfung der invasiven, gebietsfremden Arten. Wie die Regierung ausführt, werden im Zusammenhang mit der Umsetzung auch gesetzliche Anpassungen ins Auge gefasst. Die GLP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Hasan Candan: Eine Strategie allein nützt nichts, sondern es müssen auch Massnahmen und Ziele formuliert werden. Im Kanton Luzern wird die Problematik der invasiven Pflanzen und Arten unterschätzt. Die durch die invasiven Arten angerichteten Schäden werden zu enormen volkswirtschaftlichen Kosten führen. Die Gesundheitskosten werden ebenfalls steigen. Diesen Sommer wurde in der Deutschschweiz erstmals die asiatische Tigermücke

gesichtet, bei der es sich um einen Krankheitsüberträger handelt. Es gibt aber auch gebietsfremde Arten, welche Allergien auslösen. Das Problem muss auf eidgenössischer Ebene gelöst werden in Zusammenarbeit mit dem Zoll. So wurde beispielsweise der asiatische Laubholzkäfer durch die Einfuhr von Granitplatten eingeschleppt. In jedem Kanton herrschen andere Voraussetzungen, deshalb braucht es spezifische Massnahmen. So kam es im Kanton Luzern bei den Obstplantagen zu Problemen mit der Kirschessigfliege oder der marmorierten Baumwanze. Die Prävention spielt eine wichtige Rolle, um Kosten einsparen zu können, denn die Bekämpfung gestaltet sich sehr schwierig. Der Anbau von invasiven Arten ist nicht verboten. Es wäre deshalb sinnvoll, ein entsprechendes Verbot zu prüfen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Wir stehen bezüglich der invasiven, gebietsfremden Arten vor einer grossen Herausforderung. Wir sind aber bisher nicht untätig geblieben, so schlecht wie zum Teil gerade geschildert steht der Kanton nicht da. In unserer Stellungnahme haben wir ausführlich über die bereits erfolgten Massnahmen informiert, darum gehe ich nicht weiter drauf ein. Im Planungsbericht Biodiversität, über den wir nächstes Jahr befinden, werden weitere Massnahmen aufgeführt. Damit wir gezielter gegen die invasiven Arten vorgehen können, braucht es die entsprechenden finanziellen Ressourcen. Da noch nicht bekannt ist, welche gesetzlichen Grundlagen neu geschaffen werden müssen, beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Der Rat erklärt das Postulat mit 86 zu 21 Stimmen teilweise erheblich.